Oldenburgische
Industrie- und Handelskammer

# WOFÜR WIR STEHEN

## Wirtschaftspolitische Positionen

# Wir sind die Stimme der regionalen Wirtschaft

Die Wirtschaft in unserer Region steht vor tiefgreifenden Veränderungen. Digitalisierung, Fachkräftemangel, Dekarbonisierung und geopolitische Entwicklungen verändern die Rahmenbedingungen nachhaltig. Unternehmerinnen und Unternehmer im Oldenburger Land sind bereit, ihren Beitrag für eine erfolgreiche Transformation zu leisten. Dafür benötigen sie allerdings zwingend verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und politischen Rückenwind.

Als Stimme der regionalen Wirtschaft bringen wir als IHK die Perspektiven der Unternehmen in den politischen Diskurs ein und machen uns stark für wirtschaftsfreundliche und mittelstandsorientierte Rahmenbedingungen. Dabei ist uns bewusst, welche Bedeutung den kleinen und mittleren Unternehmen zukommt, die die Struktur im Nordwesten maßgeblich prägen. Ihre Wettbewerbs-, Innovations- und Investitionsfähigkeit zu stärken, ist eine zentrale Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und Wertschöpfung – sowohl in den urbanen Zentren wie auch im ländlichen Raum.

Die vorliegenden wirtschaftspolitischen Positionen bündeln die wesentlichen Anliegen und dienen als Grundlage für den Austausch mit Politik und Verwaltung. Wir freuen uns auf den weiteren Dialog und einen konstruktiven Austausch über die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts.

**Jan Müller**
IHK Präsident

**Torsten Slink**
Hauptgeschäftsführer

# 01

## Wettbewerbsfähigkeit stärken und Bürokratie abbauen

# 02

## Infrastruktur sichern und resiliente Standorte gestalten

# 03

## Fachkräfte sichern und Potenziale stärken

# Wettbewerbsfähigkeit stärken und Bürokratie abbauen

01

Staatlich verordnete Bürokratie bindet erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen insbesondere in kleinen und mittleren Betrieben, aber auch in der Verwaltung. Die Politik hat zwar die dringende Notwendigkeit erkannt, die Wirtschaft von Bürokratie zu entlasten. Durchgreifende Entlastungen sind bei den Unternehmen allerdings bislang nicht in ausreichendem Maß zu spüren, weil die Maßnahmen zum Bürokratieabbau immer noch zu begrenzt und kleinteilig sind und immer wieder durch Aufbau neuer bürokratischer Regelungen konterkariert werden.

# 01 Wettbewerbsfähigkeit stärken und Bürokratie abbauen


**1.1 Bürokratielasten abbauen und Behördenstruktur straffen 6**

Dokumentations- und Informationspflichten reduzieren 6

Behördenstruktur straffen 6

**1.2 Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen 7**

**1.3 Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben 7**

**1.4 Rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen verbessern 8**

Gewerbefreiheit verteidigen 8

Wettbewerbsfähiges und investitionsfreundliches Steuersystem 8

Steuerverfahren vereinfachen und digitalisieren 8

Innovationen, Start-ups und Investitionen steuerlich stärken 9

Finanzierungsbedingungen verbessern 9

Kommunales Finanzsystem reformieren 9

**1.5 Europa und globale Märkte im Blick behalten 10**

Barrieren abbauen 10

Sanktionen und Exportkontrollen praxistauglich gestalten 10

Finanzierung, Förderung und Absicherung bedarfsorientiert ausrichten 11

Bei der Auslandsmarkt-Erschließung unterstützen 11

Europäischen Binnenmarkt stärken 11

# 1.1 Bürokratielasten abbauen und Behördenstruktur straffen

Deregulierung ist eines der wichtigsten und drängendsten Ziele der Wirtschaftspolitik, um Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität zu stärken.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Jede Form von Überregulierung abbauen und vermeiden – auch auf EU-Ebene.
- Gesetzliche Regelungen auf ein absolut notwendiges Mindestmaß reduzieren und EU-Vorgaben nicht überschießend umsetzen.
- „One in – two out"-Regel einführen, damit für jede neue Belastung zwei bestehende Belastungen aufgehoben werden.
- Bürokratiekosten systematisch abschätzen, um die konkreten Auswirkungen auf die Betriebe ausreichend zu erfassen, zu bewerten und zu kommunizieren.

## Dokumentations- und Informationspflichten reduzieren

Unzählige Anzeige-, Dokumentations-, Berichts- und Informationspflichten lähmen unternehmerische Aktivitäten nachhaltig und erschweren Existenzgründungen unnötig.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Formalpflichten auf das absolut notwendige Maß zurückfahren.
- Auf die Einführung weiterer derartiger Pflichten verzichten, um so neue Kräfte in der gewerblichen Wirtschaft freizusetzen.

## Behördenstruktur straffen

Allein auf Bundesebene existieren über 900 Behörden, für die rund eine halbe Million Beschäftigte tätig sind. Hinzu kommen tausende einzelne Landes- und Kommunalbehörden, die eine Vielzahl von Verwaltungsaufgaben parallel wahrnehmen. Diese Mehrfachstrukturen und damit auch die Zahl der Behörden müssen verringert werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Umfang der Verwaltungsaufgaben durch Abschaffung und Reduzierung gesetzlicher Vorgaben senken.
- Aufgaben bei zentralen Stellen bündeln, die auf Grund ihrer Fachkompetenz und mithilfe landeseinheitlicher digitaler Infrastrukturen effizienter und zügiger arbeiten können.
- Kompetenzen des Nationalen Normenkontrollrats ausweiten und ihn umfassend in alle Gesetzgebungsverfahren einbinden.

## 1.2 Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Viele behördliche Planungs- und Genehmigungsverfahren dauern zu lang und behindern damit nicht nur Investitionen in den Standort Deutschland, sondern wirken sich negativ auf Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze aus. Diese Verfahren müssen deutlich gestrafft, vereinfacht und beschleunigt werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Echte Genehmigungsfiktionen einführen, damit ein positiver Bescheid automatisch ergeht, wenn eine Behörde innerhalb bestimmter Fristen nicht widerspricht.
- Einzelne Verfahrensschritte mit klaren Fristen und verbindlichen Zeitplänen versehen, zum Beispiel für Vollständigkeitserklärungen, Nachforderungen von Unterlagen sowie Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung.

## 1.3 Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben

Belastungen der Unternehmen durch umständliche und vor allem langwierige behördliche Verfahren sollten zügig abgebaut werden. Dabei müssen die Möglichkeiten der modernen Informationstechnologie einschließlich der künstlichen Intelligenz zielgerichtet eingesetzt werden. Alle Verantwortlichen sollten sich im gegenseitigen Schulterschluss an der zügigen Digitalisierung der Verwaltung beteiligen.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Aufsichts- und Fachbehörden personell und digital so ausstatten, dass sie Verwaltungsverfahren zügiger abschließen können.
- Digitale Arbeitsprozesse in Behörden verbindlich umsetzen und Zuständigkeiten dort bündeln.
- Elektronische Antragsverfahren, digitale Beteiligung und digitale Aktenführung zum Regelfall machen.
- „Once Only"-Prinzip im NOOTS-Staatsvertrag zügig und in enger Abstimmung und Kooperation der Verwaltungsträger auf kommunaler, Landes- und Bundesebene umsetzen.
- Unternehmen und Beschäftigte gezielt bei der Digitalisierung und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz durch fachliche und finanzielle Fördermaßnahmen unterstützen, insbesondere im Bereich Produktentwicklung und Qualifizierung.

# 1.4 Rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen verbessern

## Gewerbefreiheit verteidigen

Die Gewerbefreiheit ist neben der Eigentumsgarantie in unserer Wirtschaftsordnung ein wesentlicher Eckpfeiler für Wachstum und Wohlstand. Es ist eine zentrale und grundrechtlich verbürgte Aufgabe des Staates, das fundamentale Prinzip der Gewerbefreiheit zu fördern. Einschränkungen der Gewerbefreiheit sind nur dort angezeigt, wo besonders wichtige Gemeinschaftsgüter geschützt werden müssen und Beschränkungen geeignet, erforderlich und angemessen sind.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Neue Zulassungsbarrieren und Anforderungen an den Betrieb eines Gewerbes dürfen nur aufgestellt werden, wenn sie zwingend notwendig sind und den Erfordernissen des heutigen Wirtschaftslebens entsprechen.
- Unnötige Überregulierung auf EU-Ebene verhindern.

## Wettbewerbsfähiges und investitionsfreundliches Steuersystem

Die Unternehmen im Oldenburger Land benötigen einfache, planbare und international wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen. Hohe Unternehmenssteuern und ein zunehmend komplexes Steuerrecht belasten Investitionen, Innovationen und Wachstum. Gerade mit Blick auf Transformation, Digitalisierung und internationalen Wettbewerb muss Steuerpolitik stärker als aktiver Standortfaktor verstanden werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Unternehmenssteuern auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau senken.
- Gewerbesteuer vollständig auf die Einkommensteuer anrechenbar machen.
- Die Gewerbesteuer perspektivisch durch ein modernes kommunales Steuersystem ersetzen.
- Steuerpolitik konsequent auf Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit ausrichten.

## Steuerverfahren vereinfachen und digitalisieren

Das Steuerrecht verursacht hohe Bürokratie- und Beratungskosten und bindet zunehmend Ressourcen in den Unternehmen. Besonders kleine und mittelständische Betriebe brauchen einfache, digitale und rechtssichere Verfahren. Steuerliche Prozesse müssen effizienter, planbarer und praxisnäher ausgestaltet werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Steuerverfahren konsequent digitalisieren und vereinfachen.
- Dokumentations- und Meldepflichten reduzieren.
- Mehr Rechtssicherheit und Verlässlichkeit im Steuerrecht schaffen.
- Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung und zeitnahe Betriebsprüfungen verbessern.

# 1.4 Rechtliche und steuerliche Rahmenbedingungen verbessern

## Innovationen, Start-ups und Investitionen steuerlich stärken

Start-ups, Innovationen und Investitionen sind entscheidend für die wirtschaftliche Transformation. Gleichzeitig erschweren steuerliche Hürden häufig Wachstum und Modernisierung. Ein modernes Steuerrecht muss Gründungen erleichtern, Investitionen fördern und Unternehmen in Krisenzeiten besser entlasten.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Mitarbeiterbeteiligungen und steuerliche Rahmenbedingungen für Start-ups verbessern.
- Verlustverrechnung und Verlustrücktrag dauerhaft stärken.
- Degressive Abschreibungen dauerhaft ermöglichen.
- Steuerliche Investitionsanreize für Digitalisierung und Transformation ausbauen.

## Finanzierungsbedingungen verbessern

Umsatzeinbußen, Kurzarbeit, Lieferkettenstörungen und aktuelle politische Entwicklungen belasten viele regionale Unternehmen. Besonders kleine und mittlere Unternehmen haben häufig mit einer gesunkenen Eigenkapitalquote zu kämpfen. Bei Investitionen in neue Geschäftsmodelle ist fehlendes oder nicht ausreichendes Eigenkapital oft ausschlaggebend für eine Kreditabsage.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Finanzierungsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern.
- Kreditvergabe nicht durch Überregulierung schwächen.
- Eigenkapitalausstattung der Betriebe gezielt stärken.
- Sicherheiten durch geeignete Instrumente wie Bürgschaften erleichtern.

## Kommunales Finanzsystem reformieren

Steigende kommunale Hebesätze erhöhen die Belastung der Unternehmen und schwächen die Attraktivität des Standorts. Das bestehende System setzt Fehlanreize für immer höhere Realsteuerhebesätze. Kommunale Finanzen müssen planbarer und wettbewerbsfreundlicher ausgestaltet werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Fehlanreize im kommunalen Finanzausgleich abbauen:
- Nivellierungshebesätze gesetzlich begrenzen.
- Kommunale Steuerbelastungen planbarer und standortfreundlicher gestalten.

# 1.5 Europa und globale Märkte im Blick behalten

Angesichts vielfältiger globaler Bedrohungslagen ist die Sicherung der freiheitlichen Grundordnung und die Gefahrenabwehr eine europäische Gemeinschaftsaufgabe. Eine abgestimmte europäische Sicherheits-, Energie- und Industriepolitik ist Voraussetzung dafür, dass europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb bestehen und zugleich zu einer stabilen Sicherheitsordnung beitragen können. Für Unternehmen im Oldenburger Land ist die Erschließung ausländischer Märkte ein zunehmend wichtiger Bestandteil zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Das Auslandsgeschäft wird in der IHK-Region insbesondere durch Branchen des verarbeitenden Gewerbes, wie Ernährungswirtschaft, der Maschinen- und Fahrzeugbau oder die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, geprägt. Zugleich gewinnen erneuerbare Energien, Umwelt- und Medizintechnik sowie das noch nicht ausgeschöpfte Internationalisierungspotenzial des Dienstleistungssektors an Bedeutung.

## Barrieren abbauen

Auch in Deutschland und der EU erschweren zoll- und außenwirtschaftsrechtliche Vorschriften das Auslandgeschäft. Der Abbau von Bürokratie, eine schnellere Digitalisierung des Zolls und internationalisierungsorientierte Rahmenbedingungen sind wichtige Voraussetzungen für erfolgreiche Auslandsgeschäfte und langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Im europäischen und globalen Kontext kommt es darauf an, Handelsliberalisierung, ein wirtschaftsfreundlicheres Zoll-, Außenwirtschafts- und Steuerrecht sowie die Belange mittelständischer Unternehmen bei Freihandelsabkommen stärker in den Mittelpunkt zu stellen.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Bürokratie im eigenen Land abbauen.
- Digitalisierung des Zolls schneller voranbringen.
- Berufsausbildung stärker auf die Internationalisierung ausrichten.
- Handelsliberalisierung weiter vorantreiben und ein wirtschaftsfreundlicheres Zoll-, Außenwirtschafts- sowie Steuerrecht statt Protektionismus sicherstellen.
- Bei weiteren Freihandelsabkommen die Belange mittelständischer Unternehmen berücksichtigen und deren Positionen einbringen.

## Sanktionen und Exportkontrollen praxistauglich gestalten

Sanktionen und Exportkontrollen sind zentrale Instrumente der Sicherheits- und Außenpolitik. Sie greifen tief in Geschäftsmodelle ein und stellen Unternehmen vor erhebliche rechtliche und operative Herausforderungen. Für Unternehmen im Oldenburger Land, die Auslandsgeschäfte mit Bedacht planen und konsequent umsetzen, sind rechtsklare Regelungen, verständliche Verfahren und planbare Übergänge entscheidend, um internationale Geschäftstätigkeit rechtssicher gestalten zu können.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Rechtsklare und verständliche Regeln sicherstellen.
- Digitale und schnelle Verfahren gewährleisten.
- Planbare Übergangsfristen schaffen.
- Den regelmäßigen Dialog mit der Wirtschaft gewährleisten.

# 1.5 Europa und globale Märkte im Blick behalten

## Finanzierung, Förderung und Absicherung bedarfsorientiert ausrichten

Auslandsgeschäfte benötigen Vorlaufzeit; Kalkulations- und Planungssicherheit sind daher entscheidend für den Geschäftserfolg. Politik sowie Kredit- und Versicherungswirtschaft müssen Unternehmen durch abgestimmte und bedarfsorientierte Angebote die notwendigen Handlungsspielräume bei der Erschließung internationaler Märkte ermöglichen. Für Unternehmen im Oldenburger Land ist eine verlässliche Ausrichtung von Finanzierung, Förderung und Absicherung ein wesentlicher Baustein, um neue Märkte erschließen und internationale Aktivitäten tragfähig planen zu können.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Abgestimmte und bedarfsorientierte Angebote von Politik sowie Kredit- und Versicherungswirtschaft sicherstellen.
- Notwendige Handlungsspielräume bei der Erschließung internationaler Märkte ermöglichen.
- Doppelstrukturen vermeiden.
- Vorhandene Instrumente besser verzahnen.
- Synergieeffekte schaffen.

## Bei der Auslandsmarkt-Erschließung unterstützen

Unternehmen müssen sich auch künftig auf kompetente Ansprechpartner für den Außenhandel und den Binnenmarkt verlassen können. In den jeweiligen Zielmärkten unterstützen die Deutschen Auslandshandelskammern Unternehmen bei der Markterschließung. Für die Betriebe im Oldenburger Land ist eine fachkundige, themenübergreifende Begleitung besonders relevant, weil Auslandsgeschäfte komplexe Fragen etwa zu Steuern, E-Commerce, Abfallregelungen und Ausschreibungen berühren können.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Das weltweite AHK-Netzwerk weiter stärken und ausbauen.
- IHKs als Fachberater zum komplexen Themenfeld Außenwirtschaft weiterentwickeln.
- Themen wie Steuern, E-Commerce, Abfallregelungen und Ausschreibungen themenübergreifend denken und entsprechende Angebote unterbreiten.

## Europäischen Binnenmarkt stärken

Die Basis für das internationale Geschäft liegt für die Mehrheit der Unternehmen in den direkten Nachbarländern. Für regionale Unternehmen im Oldenburger Land ist ein starker EU-Binnenmarkt mit dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital ein zentraler Bezugspunkt ihrer internationalen Geschäftstätigkeit. Im europäischen Kontext kommt es darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit regionaler Unternehmen zu stärken, die Liberalisierung des Binnenmarkts weiterzuentwickeln und enge Wirtschaftspartnerschaften mit den europäischen Anrainerstaaten zu fördern.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Wettbewerbsfähigkeit regionaler Unternehmen stärken.
- Weitergehende Liberalisierung des starken EU-Binnenmarkts voranbringen.
- Die Errungenschaften des freien Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital sichern und weiterentwickeln.
- Enge Wirtschaftspartnerschaften mit den europäischen Anrainerstaaten fördern.

# Infrastruktur sichern und resiliente Standorte gestalten

02

# 02 Infrastruktur sichern und resiliente Standorte gestalten


**2.1 Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen 14**

Kritische Infrastruktur ertüchtigen 14

Hauptverkehrsadern erhalten und Seehafenanbindungen stärken 15

Verkehrsinfrastruktur ausbauen und Engpässe beseitigen 16

Bestehende Infrastruktur vorausschauend instand halten 16

Erreichbarkeit durch leistungsfähigen Personenverkehr und bedarfsgerechte Mobilität sichern 17

Klimaneutrale Mobilität fördern und Planungen beschleunigen 18

**2.2. Bauen schneller, einfacher und günstiger machen 19**

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen 19

Digitalisierung im Bau- und Planungsrecht vorantreiben 19

Klimagerechtes und wirtschaftliches Bauen ermöglichen 20

Wohnungsbau und Investitionen stärken 20

**2.3 Zentren stärken 21**

Zentren als Wirtschafts- und Erlebnisräume der Städte und Gemeinden stärken 21

Einzelhandel in Städten und Gemeinden verträglich ansiedeln 21

**2.4 Die Region entwickeln – Tourismus und Gesundheitswirtschaft 22**

Ländliche Räume entwickeln 22

Regionale Vernetzung fördern 22

Tourismus weiterentwickeln 22

Produktentwicklung und Marketing im Tourismus stärken; Destinationsmanagement weiterentwickeln 23

Ausbau von nachhaltigem und authentischen Tourismus 23

Qualität steigern und nachweisen – Tourismusförderung optimieren 23

Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus sichern 24

Gesundheitswirtschaft 24

**2.5 Energie, Klima und Transformation 24**

Wettbewerbsfähige Energiepreise sichern 24

Energieinfrastruktur und Versorgungssicherheit stärken 25

Industrielle Transformation und Wertschöpfung ermöglichen 25

Nachhaltigkeit und Resilienz als Standortfaktoren stärken 25

Compliance im Blick behalten 26

**2.6 Sicherheit und Resilienz stärken 26**

Sicherheit als Standortfaktor ernst nehmen 26

Vernetzung von Wirtschaft, Bundeswehr und Zivilschutz ausbauen 27

Resilienz und Cybersicherheit stärken 27

Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als Kernbranche stabilisieren 27

# 2.1 Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen

Eine zukunftsweisende Infrastruktur sowie ausreichend vorhandene Potenzialflächen für Industrie, Logistik und Gewerbe spielen für Standortentscheidungen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen eine wesentliche Rolle. Mit Blick auf die hohe Bedeutung des Außenhandels für Deutschland und auf ein perspektivisch weiterwachsendes Aufkommen im Güter- und Personenverkehr haben Ausbauprojekte sowie die Instandhaltung bestehender Infrastruktur eine weitreichende wirtschaftliche Strahlkraft.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Die Resilienz der Verkehrsnetze sämtlicher Verkehrsträger erhöhen.
- Engpässe beseitigen.
- Leistungsfähige Standortbedingungen für Industrie, Logistik, Gewerbe, Tourismus und Verkehrswirtschaft sichern.

## Kritische Infrastruktur ertüchtigen

(See-)Häfen, Schienenwege, Straßen, Flughäfen, Energie und Wasserstoffnetze, Rechenzentren, Telekommunikation sowie industrielle Cluster sind elementar für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – und zugleich sicherheitsrelevante Zielstrukturen. Eine moderne Sicherheitsordnung braucht eine robuste, redundant ausgelegte und gegen Angriffe besser geschützte Infrastruktur. Dabei muss die Verzahnung ziviler und militärischer Nutzung frühzeitig mitgedacht werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- (See-)Häfen, Energie , Verkehrs- und Dateninfrastruktur zügig modernisieren und gegen Angriffe besser schützen.
- Planungs  und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturvorhaben, die insbesondere der militärischen Mobilität dienen, sowie für die Ansiedlungen von Unternehmen aus dem Defense-Bereich, deutlich beschleunigen und dabei klare Zuständigkeiten schaffen.

# 2.1 Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen

## Hauptverkehrsadern erhalten und Seehafenanbindungen stärken

Die Oldenburgischen Seehäfen in Brake, Nordenham, Oldenburg und Wilhelmshaven nehmen mit ihren Seehafenhinterlandanbindungen eine besondere Rolle für die Versorgung der Wirtschaft im Nordwesten ein. Sie sind bedeutsam für Energieversorgung, den Import von Agrargütern und den Umschlag im internationalen Güterverkehr; zugleich wird die Bedeutung des Nordwestens als Seehafenstandort und Drehscheibe für Nord-Süd- und Ost-West-Verkehre weiter zunehmen. Durch den weiter steigenden Containerumschlag am JadeWeserPort, die Weiterentwicklung Wilhelmshavens zum nationalen Energiehub für grüne Energie, Wasserstoff, $CO_2$-Export und LNG-Import sowie Umschlagzuwächse an weiteren Seehafenstandorten gewinnt eine leistungsfähige Anbindung zusätzlich an Bedeutung. Im Rahmen der Neubewertung der Sicherheitslage übernehmen die Oldenburgischen Seehäfen zudem eine wichtige Rolle bei der Erfüllung zentraler Bündnisverpflichtungen innerhalb der NATO.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Ausbau und Erhalt der Hafeninfrastruktur erheblich stärker finanziell unterstützen.
- Verkehrliche Anbindung der Seehäfen per Schiene, Straße und Wasserstraße gewährleisten und ausbauen.
- Ausreichende Mittel zur Beseitigung von Engpässen sowie zur Planung und Umsetzung von Neu- und Ausbaumaßnahmen im Seehafenhinterlandverkehr und bei seewärtigen Zufahrten bereitstellen.
- Erforderliche militärische Mobilität im Spannungs- und Verteidigungsfall in einem resilienten Verkehrsnetz gewährleisten.

# 2.1 Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen

## Verkehrsinfrastruktur ausbauen und Engpässe beseitigen

Im Bundesverkehrswegeplan 2030 sind die wichtigsten Verkehrsinfrastrukturprojekte des Oldenburger Landes enthalten, viele vordringliche Maßnahmen befinden sich jedoch noch immer nicht in der Umsetzung. Straße, Schiene und Wasserstraße müssen unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Belange gleichberechtigt weiterentwickelt und dem tatsächlichen Verkehrsaufkommen entsprechend angepasst werden. Für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Oldenburger Land sind leistungsfähige Hauptverkehrsadern, die Engpassbeseitigung und die zügige Umsetzung der für die Region bedeutsamen Verkehrsprojekte entscheidend.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Die im Bundesverkehrswegeplan enthaltenen Verkehrsprojekte des Oldenburger Landes im gesamtwirtschaftlichen Interesse der Region zügig umsetzen.
- Vordringliche Straßenprojekte realisieren: Neubau der A 20, vierstreifiger Ausbau der E 233 und Neubau der B 212 Harmenhausen-Bremen.
- Leistungsfähigkeit der Wasserstraßen erhalten: Bedarfsgerechte Fahrrinnenanpassung der Außen- und Unterweser Nord zügig umsetzen und Nachtfahrverbot auf der Unteren Hunte zur Optimierung der Erreichbarkeit des Oldenburger Hafens zeitnah aufheben.
- Schienenengpässe beseitigen und zentrale Strecken ertüchtigen, insbesondere Oldenburg-Bremen, Oldenburg-Leer, Hude-Nordenham-Blexen, Oldenburg-Osnabrück, sowie die zeitnahe Realisierung des Ersatzneubaus der Bahnbrücken über die Hunte in Elsfleth-Ohrt und Oldenburg.
- Maßnahmen zur Steigerung der Verkehrsleistung im Schienengüter- und Personenverkehr eng abstimmen und dafür notwendige Planungskapazitäten schaffen.

## Bestehende Infrastruktur vorausschauend instand halten

Damit Lieferketten der Wirtschaft funktionieren und die militärische Mobilität im Bedarfsfall sichergestellt ist, müssen bestehende Verkehrswege vorausschauend instandgehalten und Reparaturmaßnahmen möglichst frühzeitig durchgeführt werden. Dies betrifft Straße, Schiene und Wasserstraße gleichermaßen. Für Unternehmen im Oldenburger Land ist entscheidend, dass Baustellen planbar bleiben, betroffene Betriebe rechtzeitig informiert und eingebunden werden und die Resilienz sowie Redundanz des Verkehrsnetzes durch moderne Brücken und verlässliche Verkehrswege erhöht werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Bestehende Verkehrswege aller Verkehrsträger vorausschauend instand halten und Reparaturmaßnahmen möglichst frühzeitig durchführen.
- Von Baustellen betroffene Unternehmen durch Verkehrsbehörden rechtzeitig informieren und einbinden.
- Marode oder absehbar abgängige Straßen- und Eisenbahnbrücken zeitnah modernisieren.
- Aufenthaltsbedingungen für Berufskraftfahrer durch ausreichend Parkplätze und sichere Rastanlagen verbessern

# 2.1 Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen

## Erreichbarkeit durch leistungsfähigen Personenverkehr und bedarfsgerechte Mobilität sichern

Im Personennah- und -fernverkehr liegt die Herausforderung vor allem in einer angebotsorientierten Erschließung des überwiegend ländlichen Raumes. Vor allem die Zentren der Städte und Gemeinden müssen gut erreichbar sein. Dafür sind Kraftfahrzeuge jeder Antriebsart – vor allem der Pkw – die wichtigsten Verkehrsmittel für die Wirtschaftsverkehre zur Versorgung der Region. Für die Attraktivität des Oldenburger Landes als Region für Arbeiten, Wohnen und Erholung ist außerdem die Erreichbarkeit mit schnellen und komfortablen Bus- und Zugverbindungen wichtig. Auch touristische Orte und die touristische Infrastruktur weisen Mängel auf, insbesondere durch eine lückenhafte Anbindung und unzureichende Taktung des ÖPNV. Auszubildende haben dadurch teilweise Schwierigkeiten, ihre Betriebe zuverlässig zu erreichen. Zusammen mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur, auch für den motorisierten Individualverkehr, kann das Oldenburger Land überregional für Fachkräfte besser erreichbar werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Motorisierten Individualverkehr in der ländlich geprägten Region als wichtiges Verkehrsmittel für Kunden-, Mitarbeitenden- und Lieferverkehr berücksichtigen und Verkehr bedarfsgerecht steuern.
- Erreichbarkeit mit schnellen und komfortablen Bus- und Zugverbindungen sicherstellen und einen leistungsfähigen ÖPNV im Nordwesten planen.
- Bessere ICE-Anbindung für das Oberzentrum Oldenburg und perspektivisch bessere Fernzuganbindung für das Oberzentrum Wilhelmshaven schaffen.
- Verlässliches Angebot im SPNV und Fernverkehr im Nordwesten durch geeignete Maßnahmen von Bund, Land, DB und Nordwestbahn sichern.
- Neue Mobilitätsangebote wie Carsharing, Bikesharing, Ridepooling und autonomen ÖPNV als Ergänzung bestehender Angebote weiterentwickeln.

# 2.1 Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen

## Klimaneutrale Mobilität fördern und Planungen beschleunigen

Für die Erreichung der Klimaziele spielt der Verkehrssektor eine zentrale Rolle. Bereits heute kommen umweltfreundliche Alternativen zu Verbrennungsmotoren zum Einsatz und diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren verstärken. Im Pkw-Sektor hat sich die batteriebetriebene Elektromobilität als zukünftige Antriebsform durchgesetzt, im Bereich schwerer Nutzfahrzeuge werden Brennstoffzellenantriebe auf den Markt kommen, Busse werden bereits in Serie produziert, synthetische Kraftstoffe befinden sich in der Entwicklung und Alternativen wie HVO100 sind verfügbar. Eine technologieoffene Weiterentwicklung neuer Antriebstechnik und Mobilitätslösungen können die Umwelt entlasten und zusätzliche Belastungen der Verkehrsträger vermeiden. Zugleich dauern Planung und Bau von Infrastrukturmaßnahmen insgesamt zu lange.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Anreize für neue Technologien bei Fahrzeugen, innovative Logistikkonzepte und Telematik schaffen und dabei einen technologieoffenen Ansatz verfolgen.
- Ladeinfrastruktur bedarfsgerecht ausbauen, ausreichende Netzkapazitäten bereitstellen und eine flächendeckende Tankinfrastruktur für Wasserstoff einrichten.
- Bei allen Maßnahmen den Nutzen für die Umwelt im Verhältnis zum Aufwand abwägen.
- Planungen von Infrastrukturprojekten durch eine Reform des Planungsrechts, Genehmigungsfiktion und Stichtagsregelung beschleunigen.
- Verbandsklagerecht überarbeiten, Klageinstanzen reduzieren und öffentlichen Konflikten mit frühzeitiger Beteiligung, besserer Kommunikation und gezielten Kommunikationsstrategien begegnen.

# 2.2 Bauen schneller, einfacher und günstiger machen

## Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Planungs- und Genehmigungsverfahren im Baubereich dauern häufig zu lange. Besonders betroffen sind Wohnungsbau, Nachverdichtung, energetische Sanierung sowie Projekte der Energie- und Infrastrukturwende. Viele Beteiligte, Doppelprüfungen, umfangreiche Gutachten und unklare Zuständigkeiten führen zu langen Abstimmungsprozessen und Verzögerungen. Gleichzeitig fehlen häufig organisatorische Strukturen, die Verfahren effizient bündeln und beschleunigen. Damit Investitionen schneller umgesetzt werden können, braucht es einfachere Verfahren und klar geregelte Verantwortlichkeiten.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Bau- und Planungsrecht weiter vereinfachen und Genehmigungsverfahren beschleunigen.
- Doppelprüfungen vermeiden und Verfahrensschritte bündeln.
- Genehmigungen erleichtern, wenn keine gewichtigen öffentlichen Belange entgegenstehen.
- Ermessens- und Beurteilungsspielräume der Planungs- und Genehmigungsbehörden stärker zu Gunsten der Unternehmen ausüben.
- Wohnungsbau, Nachverdichtung, energetische Sanierung und Infrastrukturprojekte prioritär beschleunigen.
- Zuständigkeiten klar und präzise regeln, um Abstimmungsverluste und Rückfragen zu vermeiden.
- Für größere Vorhaben spezialisierte Teams oder feste Ansprechpartner schaffen.

## Digitalisierung im Bau- und Planungsrecht vorantreiben

Viele Planungs- und Genehmigungsverfahren sind weiterhin von Medienbrüchen geprägt. Unterlagen werden parallel in unterschiedlichen Formaten eingereicht, Beteiligungen laufen nicht vollständig digital und Prozesse sind organisatorisch oft nicht auf schnelle Abläufe ausgelegt. Die Digitalisierung ist deshalb ein zentraler Hebel, um Verfahren effizienter, transparenter und fehlerärmer zu gestalten.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Den digitalen Bauantrag bundesweit verbindlich einführen.
- Schriftformerfordernisse abbauen und Verfahren konsequent digital gestalten.
- Unterlagen, Beteiligungen und Abstimmungen vollständig digital abwickeln.
- Medienbrüche vermeiden und digitale Standards vereinheitlichen.
- Die Digitalisierung des Bau- und Planungsrechts gezielt als Beschleunigungsinstrument nutzen.

# 2.2 Bauen schneller, einfacher und günstiger machen

## Klimagerechtes und wirtschaftliches Bauen ermöglichen

Der Gebäudesektor steht unter erheblichem Transformationsdruck. Gleichzeitig sind viele Vorgaben zur Erreichung der Klimaziele komplex, rechtlich unklar und wirtschaftlich schwer kalkulierbar. Unternehmen benötigen verlässliche, praxisgerechte und technologieoffene Rahmenbedingungen, damit Investitionen in Neubau und Modernisierung wirtschaftlich tragfähig bleiben und Klimaziele erreicht werden können.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Praxisgerechte und rechtssichere Vorgaben zur Erreichung der Klimaziele schaffen.
- Mehr Freiheit bei der Wahl von Technologien und Materialien ermöglichen.
- Klimaschutzmaßnahmen teilweise aus dem Klima- und Transformationsfonds oder dem Bundeshaushalt finanzieren.
- Verlässliche und wirtschaftlich tragfähige Rahmenbedingungen für Neubau und Modernisierung schaffen.

## Wohnungsbau und Investitionen stärken

Bezahlbarer Wohnraum entsteht nur, wenn Planung, Genehmigung und Finanzierung verlässlich funktionieren. Zusätzlich erschweren hohe steuerliche Belastungen und unterschiedliche Regelungen zwischen den Bundesländern Investitionen in Neubau und Sanierung. Um mehr Wohnraum zu schaffen und Investitionen anzureizen, braucht es vereinfachte Standards, mehr Flexibilität und bessere steuerliche Rahmenbedingungen.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- In einem Bundesland genehmigte Gebäudetypen auch bundesweit zulassen.
- Typisierte Wohngebäude in den Landesbauordnungen verankern.
- Kommunen bei der Baulandentwicklung größere Handlungsspielräume sichern.
- Investitionen in Bau und Sanierung steuerlich erleichtern.
- Die Grunderwerbsteuer senken und Abschreibungsbedingungen verbessern.
- Steuerliche Anreize für Neubau und Modernisierung stärken.
- Mitarbeiterwohnen durch passende steuerliche Instrumente fördern.

# 2.3 Zentren stärken

## Zentren als Wirtschafts- und Erlebnisräume der Städte und Gemeinden stärken

Attraktive Städte und Gemeinden sind zentral für einen erfolgreichen Wirtschaftsraum. Besonders Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortszentren prägen Lebensqualität, Identität und Image. Obwohl die Bedeutung des Einzelhandels als Leitbranche abnimmt, bleibt er wichtig für lebendige Zentren. Der Strukturwandel der Innenstädte wird durch mehrere Faktoren ausgelöst: großflächige Handelsstandorte am Stadtrand, stark wachsender Onlinehandel – insbesondere durch internationale Plattformen – sowie die fortschreitende Digitalisierung. Gleichzeitig verändern sich die Erwartungen der Kundschaft: Gefragt sind bequeme Einkaufsmöglichkeiten und zugleich attraktive, erlebnisorientierte Zentren.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Die Transformation von Innenstädten und Zentren aktiv durch ein professionelles Stadt-/Ortsmarketing unter Beteiligung der Wirtschaft gestalten.
- Die Kommunen müssen gemeinsam mit Wirtschaft und weiteren Akteuren zukunftsfähige städtebauliche Entwicklungskonzepte erstellen, umsetzen und vermarkten.
- Standort- und Werbegemeinschaften personell und finanziell unterstützen. Ein einzurichtender überregionaler Wissenspool hilft beim Austausch von Best-Practice-Beispielen und gemeinsamen Lösungen.
- Das Niedersächsische Quartiersgesetz rechtssicher anpassen und die Anschubfinanzierung erneut auflegen, damit Business Improvement Districts die Zentren wirksam stärken.
- Verkaufsoffene Sonntage grundsätzlich und ohne Anlassbezug ermöglichen (gegebenenfalls durch Änderung des Grundgesetzes.
- Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb zwischen stationärem Einzelhandel und dem Onlinehandel schaffen und konsequent umsetzen.

## Einzelhandel in Städten und Gemeinden verträglich ansiedeln

Ein vielfältiges Einzelhandelsangebot, attraktive Innenstädte/Ortskerne und Geschäftszentren in Stadtteilzentren sind die Basis für lebenswerte Städte und Gemeinden. Grundlage dafür ist eine rahmengebende Einzelhandelsentwicklung mit einer abgestuften Zentrenhierarchie in den Kommunen und der Region. Handelsunternehmen sind zentrenverträglich anzusiedeln.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Gemeinden, Städte und Regionen müssen Kommunale bzw. Regionale Einzelhandels- und Zentren-Konzepte erarbeiten, abstimmen, umsetzen und aktuell halten.
- Die Wirtschaft frühzeitig und verbindlich in kommunale Planungen einbeziehen, Unternehmensinteressen angemessen berücksichtigen und Wirtschaftsstandorte langfristig sichern.
- Planungsentscheidungen auf fundierten Daten und Analysen zu wirtschaftlichen Auswirkungen basieren, um Zielkonflikte transparent zu lösen und tragfähige, ausgewogene Lösungen zu entwickeln.
- Die vom Land nach dem Zentralen-Orte-Konzept formulierten Ziele und Grundsätze im Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) sind sachgerecht, nachhaltig und zielführend. Die Regularien vereinfachen und E-Commerce-Standorte stärker regulieren.

# 2.4 Die Region entwickeln – Tourismus und Gesundheitswirtschaft

## Ländliche Räume entwickeln

Ländliche Räume sind symbiotische Regionen, die es zukunftsfähig zu sichern und zu entwickeln gilt. Sie sollen für aktuelle und künftige Generationen und für Gäste gute ökonomische, ökologische und sozial verträgliche Entfaltungsmöglichkeiten bereithalten, ebenso wie gleichwertige Standards in der Daseinsvorsorge.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Rahmenbedingungen für Wachstum und Innovation nachhaltig schaffen.
- Gleichwertige Standards in der Daseinsvorsorge bereithalten.
- Soziale Infrastruktur stärken.
- Die Vorteile des ländlichen Raumes zur Ansiedlung von Betrieben und Fach- und Arbeitskräften nutzen.

## Regionale Vernetzung fördern

Globalisierung und Internet führen zu einem erhöhten Wettbewerbsdruck für Unternehmen, Standorte und Regionen. Das macht die regionale Zusammenarbeit und den direkten Austausch von Unternehmen, Organisationen, Verwaltung, Politik und Wissenschaft immer wichtiger.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Themenbezogene Netzwerke stärker unterstützen.
- Regionale Kooperationen und Vernetzungsangebote für Unternehmen vermehrt initiieren und begleiten.
- Schlagkraft bestehender Initiativen durch Effizienzsteigerungen stärken.

## Tourismus weiterentwickeln

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er stärkt die regionale Wertschöpfung, Infrastruktur und Image. Tourismuspolitik sollte deshalb als integriertes Lebensraummanagement verstanden werden. Nachhaltiger Tourismus gewinnt angesichts von Klimawandel und Ressourcenknappheit zunehmend an Bedeutung. Gleichzeitig verändert die Digitalisierung, insbesondere durch Künstliche Intelligenz, die Branche grundlegend. Belastend wirken steigende Kosten, branchenspezifische Steuern und Abgaben, ungünstige Rahmenbedingungen sowie Wettbewerbsverzerrungen durch internationale, nationale und kommunale Aktivitäten. Zudem bietet der Tourismus großes Potenzial für Synergien mit dem Einzelhandel.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Den Tourismus als imagebildenden Wirtschafts- und Standortfaktor anerkennen und strategisch stärken.
- Tourismusstrukturen professionell steuern und regional sowie landesweit verzahnen.
- Touristische Entwicklung konsequent an Wertschöpfung, Lebensqualität, Fachkräftesicherung und nachhaltiger Standortentwicklung ausrichten.
- Den Sommerferienkorridor verbindlich ausweiten und die Ferienzeiten von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen entzerren.

# 2.4 Die Region entwickeln – Tourismus und Gesundheitswirtschaft

## Produktentwicklung und Marketing im Tourismus stärken; Destinations-management weiterentwickeln

Der Erfolg touristischer Angebote hängt von professionellen regionalen Organisationsstrukturen, klaren Zuständigkeiten und einer abgestimmten Vermarktung ab. Viele Tourismusorganisationen sind weiterhin kommunal geprägt. Dadurch entstehen Doppelstrukturen, Abstimmungsverluste und geringe Sichtbarkeit im Wettbewerb der Destinationen. Ein modernes Destinationsmanagement muss deshalb stärker als ganzheitliches Lebensraummanagement organisiert werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Kommunale Kooperationen ausbauen, Kirchturmdenken überwinden und leistungsfähige Destinationsmanagementstrukturen nach dem Drei-Ebenen-Modell weiterentwickeln.
- Das Land Niedersachsen stärker in die finanzielle und strategische Unterstützung regionaler Tourismusorganisationen einbinden.
- Die Tourismusagentur Nordsee (TANO) strategisch weiterentwickeln und ihre Steuerungs- und Koordinierungsfunktion stärken.
- Touristische Infrastrukturen optimieren, Ausstattungslücken schließen und diese Maßnahmen unbürokratisch begleiten.

## Ausbau von nachhaltigem und authentischem Tourismus

Nachhaltigkeit wird zunehmend zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor im Tourismus. Gleichzeitig fordern Klimawandel, Ressourcenknappheit und steigende Umweltanforderungen die Regionen heraus.

Das Oldenburger Land verfügt mit seinen Natur- und Kulturlandschaften über erhebliche Potenziale, insbesondere mit Blick auf das UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer und die Biosphärenregion über starke Potenziale. Gleichzeitig bestehen noch Defizite bei regionalen Wertschöpfungsketten.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Nachhaltige touristische Entwicklung als impulsgebendes Leitprinzip der Tourismuspolitik verankern und entsprechende Investitionen gezielt fördern.
- Natur- und Kulturlandschaften sichern und touristisch nachhaltig sowie innovativ weiterentwickeln.
- Teilmärkte wie Wasser-, Fahrrad-, Gesundheits-, Reit- und Naturtourismus gezielt stärken.
- Regionale Produkte und Wertschöpfungsketten zwischen Landwirtschaft, Gastronomie, Hotellerie und Tourismus stärker vernetzen.
- Den Anteil internationaler Gäste durch gezieltes Marketing und höhere internationale Sichtbarkeit steigern.

## Qualität steigern und nachweisen – Tourismusförderung optimieren

Touristische Angebote müssen Qualität, Authentizität und Marktfähigkeit kontinuierlich verbessern. Vor allem die Angebotserweiterung im Bestand durch nachhaltige Maßnahmen und Modernisierungen sowie die Umsetzung der erforderlichen Transformationsprozesse in Digitalisierung und KI sind anzupassen – sowohl in den Tourismusorganisationen als auch in den Betrieben.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Beispielgebende Projekte zur Stärkung marktfähiger Tourismusstandorte und Betriebe fördern.
- Förderpolitik bedarfsgerecht, transparent und an Innovation, Digitalisierung und KI, Modernisierung und Bestandsentwicklung ausrichten.
- Hohe Qualitätsstandards als Fördervoraussetzung verankern.
- Weiterbildung der touristischen Leistungsträger gezielt unterstützen.

# 2.4 Die Region entwickeln – Tourismus und Gesundheitswirtschaft

## Wettbewerbsfähigkeit im Tourismus sichern

Neben allgemeinen Bürokratielasten belasten branchenspezifische Vorgaben die Wettbewerbsfähigkeit in der Tourismuswirtschaft. Dazu zählen unterschiedliche Umsatzsteuersätze im internationalen Vergleich, kommunale Abgaben, Gebühren sowie Wettbewerbsverzerrungen durch öffentlich finanzierte kommunale Aktivitäten. Auch praxisferne Vorgaben und die gewerbliche Zweckentfremdung von Wohnraum wirken sich auf Betriebe und faire Wettbewerbsbedingungen aus.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Die EU-weite Harmonisierung der Mehrwertsteuer für die Tourismuswirtschaft vorantreiben.
- Auf kommunale Sonderabgaben wie Tourismusabgabe und Verpackungssteuer verzichten.
- Wettbewerbsverzerrende öffentliche Eingriffe zulasten privater Anbieter abbauen.
- Bürokratische Vorgaben, etwa bei Hygienevorschriften, praktikabel ausgestalten.
- Gewerbliche Zweckentfremdung von Wohnraum rechtssicher und verhältnismäßig begrenzen.

## Gesundheitswirtschaft

Eine hochwertige Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und damit der regionalen Fach- und Arbeitskräfte sowie eine adäquate regionale Krankenhausinfrastruktur ist alternativlos.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Die Finanzierung aller Krankenhäuser bis zur Umsetzung der Krankenhausreform in der Übergangsphase sicherstellen.
- Sicherung gleichwertiger regionaler medizinischer und pflegerischer Versorgungsangebote durch wohnortnahe Haus- und Fachärzte sowie Apotheken und Pflegeangebote.
- Einsatz digitaler Technologien und telemedizinischer Angebote intensiv vorantreiben.

# 2.5 Energie, Klima und Transformation

## Wettbewerbsfähige Energiepreise sichern

Die Wirtschaft im Oldenburger Land bekennt sich klar zu den nationalen und europäischen Klimazielen sowie zum Pariser Klimaabkommen. Die Transformation zur Klimaneutralität kann nur gelingen, wenn Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben. Hohe Strom- und Energiekosten belasten bereits heute Investitionen, Produktion und industrielle Wertschöpfung. Gleichzeitig bietet der Nordwesten durch den starken Ausbau erneuerbarer Energien erhebliche Potenziale für günstige und regional verfügbare Energie. Diese Standortvorteile müssen stärker bei Unternehmen vor Ort ankommen.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Wettbewerbsfähige Energiepreise dauerhaft sicherstellen.
- Regionale Vorteile erneuerbarer Energien für Unternehmen nutzbar machen.
- Netzentgelte und staatliche Preisbestandteile reformieren.
- Planungssichere und investitionsfreundliche Industriestrommodelle schaffen.

# 2.5 Energie, Klima und Transformation

## Energieinfrastruktur und Versorgungssicherheit stärken

Der Ausbau erneuerbarer Energien muss mit Netzen, Speichern und flexiblen Versorgungskapazitäten Schritt halten. Netzengpässe, fehlende Speicher und verzögerte Anschlüsse gefährden zunehmend Investitionen und Versorgungssicherheit. Gleichzeitig verfügt der Nordwesten über große Potenziale beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft sowie moderner Energieinfrastrukturen. Entscheidend ist ein integrierter Ausbau von Erzeugung, Speicherung, Netzen und industrieller Nutzung.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Netze, Speicher und Wasserstoffinfrastruktur schneller ausbauen.
- Netzanschlüsse planbar und investitionssicher gestalten.
- Versorgungssicherheit technologieoffen stärken.
- Erneuerbare Energien systemisch mit Industrie und Infrastruktur verknüpfen.

## Industrielle Transformation und Wertschöpfung ermöglichen

Der Nordwesten besitzt mit Industrie, Hafeninfrastruktur und Standorten wie Wilhelmshaven hervorragende Voraussetzungen für eine klimaneutrale Industrieentwicklung. Ziel muss sein, die Region nicht nur als Energieerzeugungsstandort, sondern als führenden Wertschöpfungsstandort der Energiewende zu etablieren. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovationen und neue industrielle Prozesse. Klimaschutz muss wirtschaftlich tragfähig und technologieoffen ausgestaltet werden.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Den Nordwesten gezielt als klimaneutralen Industriestandort stärken.
- Wasserstoffwirtschaft und industrielle Wertschöpfung vor Ort ausbauen.
- Technologieoffene Transformationspfade ermöglichen.
- Carbon Leakage verhindern und internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern.

## Nachhaltigkeit und Resilienz als Standortfaktoren stärken

Nachhaltigkeit umfasst neben Klimaschutz zunehmend auch Rohstoffsicherheit, Kreislaufwirtschaft und Klimaanpassung. Extremwetter, Hochwasser- und Wasserrisiken werden zu wachsenden Herausforderungen für Unternehmen und Infrastrukturen. Gleichzeitig entstehen neue Chancen durch Ressourceneffizienz, Digitalisierung und geschlossene Stoffkreisläufe. Resilienz und nachhaltiges Wirtschaften entwickeln sich damit zu zentralen Standortfaktoren.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz gezielt stärken.
- Sekundärrohstoffe regulatorisch besser berücksichtigen.
- Klimaanpassung stärker in Infrastruktur- und Standortplanung integrieren.
- Resilienz von Wirtschaft und Infrastruktur systematisch erhöhen.

# 2.5 Energie, Klima und Transformation

## Compliance im Blick behalten

Nachhaltigkeit wird zunehmend zum Maßstab des unternehmerischen Handelns. Bis 2050 beabsichtigt die EU, eine klimaneutrale Volkswirtschaft zu werden (Stichwort Green Deal). Eine Maßnahme hierfür ist die Schaffung einer $CO_2$-Grenzausgleichsabgabe (CBAM). Zum Jahreswechsel 2026/2027 tritt zudem die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) in Kraft, auch ein europäisches Lieferkettengesetz wird weiterhin verhandelt.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Die Politik muss sich für eine möglichst wirtschaftsfreundliche Umsetzung einsetzen und den bürokratischen Aufwand niedrig halten.
- Bedeutung der Verkehrswirtschaft für die Erreichung der Klimaziele in den Fokus rücken und Planungen beschleunigen.
- Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und bessere Kommunikation.
- Einführung der Genehmigungsfiktion und Stichtagsregelung.
- Überarbeitung des Verbandsklagerechts.
- Reduzierung von Klageinstanzen zur Beschleunigung von Planungsverfahren.

# 2.6 Sicherheit und Resilienz stärken

Ohne eine verlässliche Sicherheitsarchitektur werden Investitionen, Innovation, Freiheit und Wohlstand nicht dauerhaft zu sichern sein. Die Wirtschaft unserer Region ist zentraler Partner einer modernen Sicherheitsordnung und eine tragende Säule einer gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Sicherheitsarchitektur.

## Sicherheit als Standortfaktor ernst nehmen

Sicherheits-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik müssen konsequent gemeinsam gedacht werden. Sicherheit darf sich nicht in Ad-hoc-Reaktionen auf Krisen erschöpfen. Sie braucht eine langfristige, strategische Ausrichtung mit klaren Zielen, abgestimmten Instrumenten und einem regelmäßigen Dialog mit der Wirtschaft. Sicherheitsbedingte Zusatzlasten müssen so gestaltet werden, dass Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft erhalten bleiben.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Sicherheit strategisch verankern und mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammendenken.
- Langfristige, planbare Sicherheits- und Verteidigungsstrategien etablieren.

# 2.6 Sicherheit und Resilienz stärken

## Vernetzung von Wirtschaft, Bundeswehr und Zivilschutz ausbauen

Die Gesamtverteidigung des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wobei der Zivil- und Katastrophenschutz als integraler Bestandteil der Bündnisverteidigung neben der Bundeswehr (militärische Verteidigung) eine zentrale Rolle übernimmt. Um für den Spannungs- und Verteidigungsfall vorbereitet zu sein, müssen Planungen, Übungen, Zuständigkeiten und Kommunikationswege von Bundeswehr, Behörden, Unternehmen und Hilfsorganisationen im Voraus abgestimmt sein, damit potenzielle Ausfälle schneller kompensiert und somit die Resilienz von Wirtschaft und Gesellschaft erhöht werden können.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Intensivierung des Austausches zwischen der Wirtschaft und den Landes-, Bezirks- und Kreisverbindungskommandos.
- Intensivierung der Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes zur Stärkung der Resilienz von Unternehmen im Krisenfall.
- Frühe Einbindung KRITIS-relevanter Wirtschaftssektoren sowie die Sicherung stabiler Lieferketten durch strategische Lagerhaltung, Diversifizierung von Beschaffungswesen und resilienten Logistikstrukturen.

## Resilienz und Cybersicherheit stärken

Unternehmen geraten zunehmend ins Visier hybrider Bedrohungen – von Cyberangriffen und Spionage über Sabotage bis hin zu Desinformationskampagnen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) verfügen häufig nicht über eigene Sicherheitsabteilungen, sind aber integraler Bestandteil kritischer Wertschöpfungsketten. Um die gesamtwirtschaftliche Resilienz zu stärken, müssen Betriebe, insbesondere KMU, beim Aufbau von Sicherheitsstrukturen unterstützt, Informationswege verbessert und regulatorische Vorgaben maßvoll und praxisnah gestaltet werden.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Unternehmen – insbesondere KMU – beim Aufbau von Cyber- und Betriebssicherheit unterstützen.
- Praxisgerechte, risikoorientierte Vorgaben und bessere Informations- und Frühwarnstrukturen etablieren.
- Stärkung der Cyber- und IT-Sicherheit entlang der digitalen Lieferketten durch Mindeststandards und gezielte Förderprogramme.

## Sicherheits- und Verteidigungsindustrie als Kernbranche stabilisieren

Unsere Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie sowie ihre zahlreichen Zulieferer sind ein zentraler Eckpfeiler der Verteidigungsfähigkeit und technologischen Souveränität unseres Landes.

### DAS MUSS SICH ÄNDERN:

- Verlässliche mehrjährige Beschaffungs- und Finanzierungspläne für Verteidigungsprojekte.
- Innovations  und Industriepolitik für sicherheitsrelevante Technologien gezielt stärken.
- Entbürokratisierung der Auftragsvergabe der Bundeswehr an Unternehmen.
- Finanzierung für Unternehmen aus dem Bereich Defense erleichtern.
- Transparenz bei Zivilklauseln erhöhen.

# Fachkräfte sichern und Wissen nutzen

03

Qualifizierte Fachkräfte sind die Grundlage für Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und langfristiges Wachstum. Unternehmen aller Branchen stehen vor der Herausforderung, offene Stellen zu besetzen und gleichzeitig den steigenden Anforderungen durch Digitalisierung, Transformation und demographischen Wandel gerecht zu werden.

Die duale Berufsausbildung ist dabei ein Garant für einen starken Wirtschaftsstandort und eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Damit das so bleibt, gilt es, auf neue Herausforderungen zu reagieren: Rund die Hälfte aller Ausbildungsbetriebe finden keine Auszubildenden und die Zahl junger Menschen ohne Berufsabschluss steigt.  So auch im Oldenburger Land, wo junge Menschen zielgerichtet in rund 120 verschiedenen Berufen ausgebildet werden. Sie erlernen die betriebliche Praxis in den Ausbildungsbetrieben und den theoretischen Hintergrund in den Berufsbildenden Schulen. Um die Berufliche Bildung zukunftsfest zu gestalten, müssen alle Bildungsstufen zusammen gedacht werden. Notwendig sind vor allem: konsequente und talentorientierte Berufsorientierung, mehr Flexibilität im System und weniger Bürokratie.

# 03 Fachkräfte sichern und Wissen nutzen


3.1 Berufsorientierung verbessern und ausbauen 30

3.2 Berufliche Ausbildung stärken 31

3.3 Nachhaltiges Gründungsklima schaffen 32

3.4 Fachkräfte sichern und gewinnen 32

3.5 Fachkräftebedarf und Wehrdienstmodelle abstimmen 33

3.6 Weiterbildung und Qualifizierung ausbauen 33

3.7 Innovationskraft fördern 34

3.8 Nachfolge erleichtern 34

# 3.1 Berufsorientierung verbessern und ausbauen

Viele Betriebe haben Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu besetzen. Geeignete Bewerberinnen und Bewerber fehlen; zugleich steigt die Zahl junger Menschen ohne Berufsabschluss. Unklare Berufsvorstellungen, sprachliche und persönliche Defizite sowie mangelnde Vorbereitung auf Ausbildungsanforderungen erschweren den Ausbildungsstart und erhöhen das Risiko von Abbrüchen.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Schulen müssen Ausbildungsstartkompetenz konsequent fördern. Jugendliche brauchen frühzeitige, praxisnahe und talentorientierte Berufsorientierung, um sich zwischen zahlreichen Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten fundiert entscheiden zu können.
- Praxiseinblicke und direkte Kontakte zu Betrieben verbessern, um Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt besser zusammenzubringen.
- Berufliche Bildung über alle Bildungsstufen hinweg denken – mit mehr Flexibilität, weniger Bürokratie und einer gleichwertigen Darstellung beruflicher und akademischer Bildungswege.
- Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen durch regelmäßige Praxiseinblicke verbindlicher machen. Eltern als wichtige Berufswahlbegleiter stärker einbeziehen.
- Schulen müssen Grundkompetenzen, Zuverlässigkeit, Selbstorganisation, Berufswahlreife sowie digitale und kreative Problemlösungskompetenzen gezielt stärken.

# 3.2 Berufliche Ausbildung stärken

Die duale Ausbildung ist ein zentraler Erfolgsfaktor für Fachkräftesicherung, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Sie stärkt den Wirtschaftsstandort und eröffnet jungen Menschen verlässliche Berufsperspektiven. Gleichzeitig verändern Digitalisierung, KI, Transformation und demographischer Wandel die Anforderungen an Betriebe, Berufsschulen und Auszubildende. Ausbildung muss daher flexibler, moderner und anschlussfähiger werden, ohne Qualität, Verlässlichkeit und Chancengerechtigkeit zu gefährden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Ausbildung flexibler gestalten und Ausbildungsmodelle stärker an betriebliche Realitäten, neue Technologien und unterschiedliche Lebenssituationen junger Menschen anpassen.
- Junge Menschen müssen unabhängig von Herkunft, Wohnort oder finanziellen Voraussetzungen verlässlich eine Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen können.
- Berufsschulen durch eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte stärken, um eine moderne und hochwertige Ausbildung sicherzustellen.
- Die Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen, Fachhochschulen, Universitäten und IHK weiterentwickeln, um Übergänge zu verbessern, Bildungsangebote abzustimmen und Ressourcen wirksam einzusetzen.
- Schon in der Ausbildung die Bereitschaft zur beruflichen Weiterbildung stärken und so junge Menschen auf Veränderungen durch Digitalisierung, KI und neue Arbeitsprozesse vorbereiten.
- Ausbildungsqualität gezielt fördern, durch Stärkung des IHK-Qualitätssiegels „TOP-Ausbildung“, um gute Ausbildungsbedingungen sichtbar zu machen und die Qualität der Ausbildung in den Betrieben weiter zu verbessern.

## Wehrdienst darf nicht zur Ausbildungsbremse werden

Sicherheit und wirtschaftliche Zukunft gehören zusammen. Ein möglicher Wehrdienst darf nicht dazu führen, dass junge Menschen den Einstieg in Ausbildung verschieben oder ganz darauf verzichten. Die duale Ausbildung ist eine tragende Säule der Fachkräftesicherung. Betriebe brauchen qualifizierte Nachwuchskräfte. Wenn junge Menschen zunächst im Wehrdienst oder in ungelernter Beschäftigung mehr Geld verdienen, sinkt die Bereitschaft, später eine Ausbildung mit geringerer Vergütung zu beginnen. Schon heute zeigen Studien, dass ein relevanter Teil junger Menschen lieber direkt arbeiten möchte als eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Langfristig fehlen beruflich qualifizierte Fachkräfte.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Ausbildung muss Vorrang vor Wehrdienst haben.
- Wer einen Ausbildungsvertrag hat, soll die Ausbildung ohne Unterbrechung beginnen können.
- Erst qualifizieren, dann verpflichten – die berufliche Bildung ist Grundlage für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftssicherung.

# 3.3 Nachhaltiges Gründungsklima schaffen

Selbstständigkeit ist aktuell eine selten verfolgte Berufsperspektive und findet vermehrt im Nebenerwerb statt. Viele junge Menschen nehmen diese Möglichkeit kaum wahr – auch weil die Themen Unternehmertum und Wirtschaft im Bildungssystem zu wenig präsent sind. Bei den derzeitigen Arbeitsmarktchancen verlieren die Alternativen Gründung und Betriebsübernahme zusätzlich an Reiz, obwohl in einer steigenden Zahl von Unternehmen die Nachfolgefrage ungelöst ist. Gleichzeitig wird der demografische Wandel das Potenzial für Unternehmensgründungen weiter schrumpfen lassen. Im Ergebnis droht im schlimmsten Fall eine Ausdünnung des Mittelstands im Oldenburger Land.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Selbstständigkeit und Wirtschaft stärker in Lehrplänen von Schulen und Hochschulen verankern.
- Regionale Start-up-Initiativen und Kooperationen mit Hochschulen gezielt ausbauen.
- Wagniskapital für innovative Start-ups leichter zugänglich machen.
- Start-ups, Gründerinnen und Gründer stärker mit dem Mittelstand vernetzen.

# 3.4 Fachkräfte sichern und gewinnen

Qualifizierte Fachkräfte sind entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Deshalb müssen alle Potenziale genutzt werden: Fachkräfte aus der Region, aus der EU und aus Drittstaaten ebenso wie Menschen mit Flucht- oder Zuwanderungsgeschichte. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, faire Fachkräftegewinnung und eine gelebte Willkommenskultur. Besonders in Tourismus- und Saisonbranchen ist Beschäftigtenwohnen ein wichtiger Standortfaktor. Bestehende Beschäftigte müssen zudem durch gezielte Weiterbildungsangebote unterstützt werden, damit sie den Wandel in den Unternehmen aktiv mitgestalten können. Digitale Lösungen und Künstliche Intelligenz können helfen, Teams zu entlasten und Personalressourcen effizienter einzusetzen.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Potenziale zur Fachkräftegewinnung im Inland, in der EU und in Drittstaaten konsequenter erschließen – durch bessere Informationen, schnellere Verfahren und gezielte Unterstützung für Unternehmen und Beschäftigte.
- Das Welcome & Business Center als zentrale regionale Anlaufstelle bekannter machen und weiter stärken.
- Die Integration internationaler Fachkräfte sowie von Menschen mit Flucht- oder Zuwanderungsgeschichte erleichtern.
- Anerkennungsverfahren, Aufenthaltsfragen und der Einstieg in Ausbildung und Arbeit verständlicher, schneller und praxisnäher gestalten.
- Verlässliche Beratung zu rechtlichen Rahmenbedingungen, Verwaltungsabläufen sowie regionalen und nationalen Förder- und Unterstützungsprogrammen für Betriebe, um Mitarbeitende im Transformationsprozess der Unternehmen zu fördern.
- Faire Migration sichern, indem bei der Fachkräftegewinnung mit Partnern gearbeitet wird, die transparente Standards einhalten.
- Modelle für Beschäftigtenwohnen fördern, insbesondere in Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt sowie im Tourismus- und Saisongewerbe.
- Künstliche Intelligenz und digitale Anwendungen stärker nutzen, um Personalgewinnung, Planung und Kommunikation effizienter zu gestalten.

## 3.5 Fachkräftebedarf und Wehrdienstmodelle abstimmen

In allen Bereichen, wie beispielsweise im Bereich IT-Security, der Energieversorgung oder der Verteidigungsindustrie steigt der Bedarf an spezialisierten Fachkräften, während sich gleichzeitig Debatten um neue Wehrdienst- oder Reservekonzepte direkt auf die Personalplanung und Fachkräftesicherung auswirken. Die Politik muss sicherstellen, dass sicherheitspolitische Ziele und betriebliche Anforderungen an ihre Personalressourcen in Einklang gebracht werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Wehrdienst/Reservekonzepte früh mit der Wirtschaft abstimmen und kritische Branchen schützen.
- Qualifizierung in sicherheitsrelevanten Berufen und Technologien ausbauen.
- Unternehmens- und branchenübergreifende Vernetzung von Qualifizierung und Mitarbeitenden.

## 3.6 Weiterbildung und Qualifizierung ausbauen

Die Geschwindigkeit der Transformation nimmt weiter zu. Künstliche Intelligenz, Automatisierung, digitale Technologien und effizientere Organisationsmodelle verändern Arbeitsprozesse und eröffnen neue Potenziale zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Für Unternehmen wird es daher wichtiger, Kompetenzen systematisch weiterzuentwickeln und Beschäftigte während des gesamten Erwerbslebens gezielt zu qualifizieren. Eine professionelle Personal- und Organisationsentwicklung ist die Grundlage für eine wirksame Weiterbildungsstrategie und zentraler Bestandteil betrieblicher Zukunftssicherung. Qualifikationswege, die eine duale Ausbildung mit anschließender höherer Berufsbildung verbinden, stellen eine gleichwertige und praxisnahe Alternative zum Hochschulstudium oder dualen Studium dar und stärken die Attraktivität der beruflichen Bildung.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Höhere Berufsbildung stärker in individuelle Karrierewege integrieren und als gleichwertige Alternative zum Studium sichtbarer machen.
- Abschlüsse wie Bachelor Professional und Master Professional konsequenter in Wirtschaft und Öffentlichkeit bewerben.
- Rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um diese Abschlussbezeichnungen in allen geeigneten Fortbildungsabschlüssen der höheren Berufsbildung einheitlich zu nutzen.
- Zugang zu passenden Weiterbildungsangeboten für Unternehmen und Beschäftigte verbessern – durch flächendeckende, neutrale, qualitätsgesicherte Beratung und transparente Informationssysteme.
- Weiterbildungsformate flexibler und stärker an den betrieblichen Bedarf anpassen.
- Digitale Lernangebote, Blended Learning sowie kompakte modulare Formate ausbauen.
- Präsenzformate dort stärken, wo soziale, kommunikative oder praktische Kompetenzen im Mittelpunkt stehen.
- Lehrende und Bildungsanbieter gezielt qualifizieren, um moderne Lernformate didaktisch und technisch wirksam umzusetzen.
- Kompakte und modulare Lernformate weiter ausgebaut werden, um Kompetenzen ohne längere Ausfallzeiten flexibel, praxisnah und passgenau zu vertiefen.

# 3.7 Innovationskraft fördern

Innovationen sind die Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und wirtschaftliche Transformation. Gerade kleine und mittlere Unternehmen stehen durch künstliche Intelligenz, Fachkräftemangel, steigende Energie- und Rohstoffkosten sowie globale Krisen unter hohem Anpassungsdruck. Ein innovationsfreundliches Umfeld braucht technologieoffene Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie, verständliche Förderstrukturen und einen starken Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Zukunftstechnologien wie KI, Quantentechnologien oder Datenräume entfalten ihren wirtschaftlichen Nutzen nur dann, wenn Unternehmen sie praxisnah einsetzen können. Innovationspolitik muss deshalb konsequent auf Anwendungsorientierung, Technologietransfer und unternehmerische Freiräume ausgerichtet werden.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Wissenstransfer und Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken.
- Regionale Innovationsnetzwerke und Transferstrukturen sichtbarer machen und gezielt fördern.
- Technologieoffene Rahmenbedingungen für Innovationen und Zukunftstechnologien schaffen.
- Innovationsfreundliche Ausschreibungen und schnellere Markteinführung neuer Technologien ermöglichen.
- Bessere Bedingungen für Wagniskapital und risikoreiche Innovationsvorhaben schaffen.
- Steuerliche Forschungsförderung (Forschungszulagengesetz) weiter stärken und den Förderdschungel reduzieren.
- Duale Forschung gezielt fördern und anwendungsorientierten Wissens- und Technologietransfer ausbauen.

# 3.8 Nachfolge erleichtern

Viele Unternehmen sind auf Nachfolgesuche, da immer mehr Unternehmerinnen und Unternehmer das Rentenalter erreichen. Die nächste Generation sieht die Nachfolge allerdings immer seltener als familiären Automatismus an. Daher müssen viele Unternehmen außerhalb der Familie eine Nachfolge finden. Das macht die Suche und das Zusammenbringen von Altinhabern und Interessenten schwierig. Ein besonders kritischer Punkt in Nachfolgeverhandlungen ist die Finanzierung des Kaufpreises.

**DAS MUSS SICH ÄNDERN:**

- Unternehmen frühzeitig für Nachfolgeplanung sensibilisieren.
- Übergaben und Unternehmensverkäufe praxisnah und bürokratiearm gestalten.
- Bestandsschutz, etwa im Baurecht, rechtssicher auf Nachfolgende übertragen.
- Nachfolge als gleichwertige Alternative zu Gründung und Anstellung bekannter machen.
- Finanzierung von Unternehmensübernahmen erleichtern.

## ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER

**Dr. Torsten Slink**
Hauptgeschäftsführer
0441 2220-200
torsten.slink@oldenburg.ihk.de

**Elisabeth Ahrends**
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
0441 2220-210
elisabeth.ahrends@oldenburg.ihk.de

**Stefan Bünting**
Bildung | Bildungspolitik
0441 2220-450
stefan.buenting@oldenburg.ihk.de

**Carola Havekost**
Handel | Dienstleistungen | Tourismus | Stadtentwicklung | Gründung | Förderung
0441 2220-300
carola.havekost@oldenburg.ihk.de

**Felix Jahn**
Geschäfte weltweit | Verkehr | Häfen | Digitale Infrastruktur
0441 2220-400
felix.jahn@oldenburg.ihk.de

**Thomas Müller**
Personal | Finanzen | Organisation
0441 2220-140
thomas.mueller@oldenburg.ihk.de

**Björn Schaeper**
Wirtschaftspolitik I Innovation I Energie I Umwelt
0441 2220-440
bjoern.schaeper@oldenburg.ihk.de

**Bernd Seifert**
Recht
0441 2220-36
bernd.seifert@oldenburg.ihk.de